

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Ercheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 45.

Dienstag, den 25. Februar

1913.

Spannung oder Entspannung?

Noch immer ist der Stand der Dinge auf dem Balkan selbst sehr schwer zu beurteilen und auch die allgemeine europäische Lage hat sich nicht geklärt. Von einer Seite wird zwar berichtet, daß eine Art von Basis für den Frieden gefunden sei, andererseits aber liegen auch Nachrichten vor, die von weiteren neuen Rüstungen der nächstbeteiligten europäischen Mächte zu berichten wissen. Deutet das erstere auf eine Entspannung der Lage, so zeigen die letzteren Meldungen mit großer Deutlichkeit, daß man sowohl an der Rewa wie auch an der Donau die Situation als recht ernst aufsaßt. Die neuesten Depeschen lauten:

Sofia, 23. Februar. Es bestätigt sich, daß Salik-Pascha die Note der Mächte vom 16. Januar als Friedensunterlage angenommen hat. Gleichzeitig hat er den Wunsch ausgesprochen, von den letzten Forderungen der Alliierten betreffend Grenzfestsetzung und Kriegsentschädigung Kenntnis zu erhalten.

Wien, 23. Februar. Der „Reichspost“ telegraphiert man aus Belgrad: Alle serbischen Blätter begrüßen mit großer Freude die Nachricht, daß Rußland formell sich für die Erfüllung der Bedingungen darüber aus, daß Rußland standhaft ist, daß Skutari an Montenegro abgetreten werden soll. Alle Wege an der österreichischen Grenze werden schnelligst reprimiert.

Petersburg, 23. Februar. In hiesigen diplomatischen Kreisen hat in Bezug auf den rumänisch-bulgarischen Konflikt eine gewisse Unruhe Platz gegriffen. Man sieht die Möglichkeit voraus, daß seitens Rumaniens Gewaltmaßregeln getroffen werden, wenn auch die europäische Diplomatie eine Mediation angeboten hat. Um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein, hat Rußland seine Schwarzmeeerflotte in Bereitschaft gesetzt.

Wien, 23. Februar. Wie die „Militärische Rundschau“ meldet, werden die zum Ersatz des Abganges im Präsenzstande heranzuziehenden Personen aus dem nicht aktiven Stande in diesem Jahre bereits am 1. April einberufen werden.

Auf dem Kriegsschauplatz scheint es wieder etwas lebhafter herzugehen, als in den letzten Wochen. Die Türken sollen auf Gallipoli den Bulgaren eine Niederlage beigebracht haben, wie eine Meldung aus Belgrad besagt. Merkwürdigerweise liegt hierzu aber noch kein Bericht aus Konstantinopel vor, ein Umstand, der bei der sonst sehr eifrig gemeldeten Nachrichten in die Welt sehenden Türkei zu denken gibt. Ueberdies soll eine weitere große Schlacht bei Bulair im Gange sein und ebenso ist es auf der Tschataldcha-Linie zu Zusammenstoßen gekommen:

Belgrad, 22. Februar. Hier eingetroffenen Meldungen zufolge, erlitten die Bulgaren auf der Halbinsel Gallipoli eine Niederlage. Der Kampf war ungemessen heftig und forderte auf beiden Seiten sehr große Verluste.

Konstantinopel, 23. Februar. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist bei Bulair wieder eine große Schlacht im Gange.

Konstantinopel, 23. Februar. Amtlich wird erklärt, daß das Bombardement von Adrianopel am Donnerstag 20 Stunden dauerte, dagegen war das Bombardement am Freitag nur schwach. Bei der Tschataldcha-Linie unternahmen die Türken in der Nacht zum Freitag einen Nachtangriff bei Sürginölj. Die Bulgaren zogen sich mit schweren Verlusten zurück. Am Freitag fand westlich von Kadiköj ein erbitterter Kampf statt, der von mittags bis 6 Uhr abends dauerte und mit dem Rückzug der Bulgaren endete. Bei Bulair hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die Militärvorlage und ihre Deutung. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ schreibt: Unerwarteten Erörterungen in der Presse gegenüber können wir mitteilen, daß an allen maßgebenden Stellen Uebereinstimmung dahin besteht, daß die Militärvorlage und die Vorlage über die Deckung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollen.

Eine Tartarenachricht. Die „Neustre-

itzer Zeitung“ erfährt von unterrichteter Stelle zu der Meldung des „Berliner Tageblattes“ über eine eventuelle Aufhebung der Union zwischen den beiden Großherzogtümern Mecklenburg, daß diese Meldung selbstverständlich jedes tatsächlichen Hintergrundes entbehrt.

Italien.

Eine Rede des italienischen Ministers des Aeußeren. Bei der Beratung des Etats für das Ministerium des Aeußeren hielt der Minister des Aeußeren Marquis di San Giuliano eine Rede über die Krise im Orient und die Lage im Mittelmeer. Er erklärte mit Nachdruck, Italien sei ebenso wie Oesterreich-Ungarn entschlossen, nie zu gestatten, daß irgend eine Macht das Mittelmeer das „mare nostrum“ nenne. Di San Giuliano sprach diese Worte, die sich natürlich gegen gewisse französische Gelüste richten, mit starker Betonung, und diese Erklärung rief in der Kammer große Begeisterung hervor. Man bemerkte auch das besondere Wohlwollen, mit dem der Minister erklärte, alle Mächte, vor allem aber Italien, würden der Türkei beihilflich sein, eine starke asiatische Macht zu werden.

Amerika.

Eine Gegenrevolution in Mexiko. Aus Mexiko wird gemeldet, daß General Figueroa mit seinen gesamten Truppen sich gegen General Huerta ausgesprochen hat. Er marschiert bereits mit 10 000 Mann gegen die Hauptstadt. General Figueroa ist als der beste Soldat von ganz Mexiko bekannt, er wird deshalb von den Diaztruppen gefürchtet. Die letzten Telegramme besagen, daß von Mexiko-City aus alle verfügbaren Mannschaften nach Veracruz gesandt werden, um dem aufrührerischen General erfolgreich entgegenzutreten zu können. Unter diesen Umständen scheinen die Vereinigten Staaten ein Eingreifen für nötig zu halten, denn aus Washington wird gemeldet, daß die 5. Brigade der zweiten Division der Armee der Vereinigten Staaten, die vier Linienregimenter umfaßt und von General Smith befehligt wird, angewiesen worden ist, sich zur sofortigen Einschiffung nach Galvestone bereit zu halten. Gleichfalls soll eine Pionierkompanie, eine Feldlazarettabteilung, eine Ambulanzabteilung und eine Feldbäckerei nach dem genannten Ort abgehen. Das 4. Regiment der Feldartillerie ist bereits dorthin eingetroffen, wo zur Zeit 3500 Mann versammelt sind. Man erwartet noch zwei Kavalleriedivisionen zur Verstärkung der Truppen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Vorbereitungen offiziell bekannt gegeben, um zu zeigen, daß ihr die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, um eventuell in Mexiko eingreifen zu können. Wie man hört, wird die Regierung der Vereinigten Staaten es als eine Herausforderung ansehen, falls Madero, der noch als konstitutioneller Präsident von Mexiko gilt, ohne Gerichtsverfahren hingerichtet würde. Diese Herausforderung würde dann auch von den Vereinigten Staaten in entsprechender Weise beantwortet werden.

Ein Deutscher in Mexiko erschossen. Ein Deutscher namens Felix Sommerfeld, der Chef des Geheimdienstes des bisherigen Präsidenten Madero, ist in Mexiko erschossen worden.

China.

Die Kaiserin-Witwe von China gestorben. Die Kaiserin-Witwe von China ist Freitag früh gestorben. Bei der Kaiserin-Witwe wurden erst in letzter Stunde Anzeichen einer Krankheit bemerkt. Die Regierung telegraphierte an den Botschafter des Kaisers, der Freitag morgen in Peking eintraf. Nachmittags verschlimmerte sich der Zustand. Nach dem Tode der Kaiserin gingen zunächst Gerüchte um, daß sie Selbstmord begangen habe, weil die kaiserliche Familie in den westlichen Teil der verbotenen Stadt überfiedeln und den östlichen Stadtteil der Regierung abtreten sollte. Die Kaiserin-Witwe schien mit dem Befehl einverstanden zu sein, da sie ihn selbst vorgelesen hatte. Diese Umstände lassen das Gerücht von einem Selbstmord als ganz unhaltbar erscheinen.

Vertliche und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 24. Februar. „Deutschland in der Geschichte und die politische Lage“ lautete das Thema, das Herr Dr. jur. Brühl sich zu seinem Vortrage gewählt, den er am vergangenen Freitag abend im Saale des „Deutschen Hauses“ auf Veranlassung der nationalliberalen Ortsgruppe Eibenstock hielt. Herr Bantvorstand Schenk eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, stellte sodann den Redner vor und bat, seinen Ausführungen Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Dr. Brühl erwähnte zunächst den noch tobenden Balkankrieg, der immer noch den Ausbruch eines Weltkrieges im Gefolge ha-

ben könne und knüpfte dann an die große Zeit vor 100 Jahren an, in welcher der Grundstein gelegt sei zu Deutschlands jetziger Größe. Freilich nicht so einfach habe sich dieser Prozeß vollzogen, nicht so leicht hätten sich die deutschen Völker, die deutschen Brüder zusammen gefunden. Erst als bei Leipzig die Kanonen ihr Lied gesungen, hätten sich die deutschen Stämme von Nord und Süd zusammengetan. Und als dann Napoleon über den Rhein zurückgeworfen wurde und die Verbündeten in Paris einzogen, da seien die Vorbedingungen für ein kräftiges und machtvolleres Deutschland gelegt worden. Im Rückblick auf diese ereignisreiche Zeit und im Hinblick auf die drohenden Gefahren der Gegenwart könne man es deshalb nicht verstehen, daß im Volke noch so viele Schichten der nationalen Sache fern ständen. Wie tief beschämend für das deutsche Volk müsse z. B. der Vorgang in der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wirken, in welcher der Sozialdemokrat Bruns auf den Antrag des Magistrats, zur Erinnerung an das historische Ereignis des Ausrufs „An mein Volk“ einen Kirchgang in die Nikolaiskirche zu veranstalten, erklärte, daß die Sozialdemokraten die Magistratsvorlage ablehnen würden, weil die übergroße Mehrheit des preussischen Volkes und der Berliner Bürger keine Veranlassung habe, jener Zeit feierlich zu gedenken. Und als die Stadtverordneten Cassel u. Krommen gegen diese unerhörte Bemerkung Front gemacht und ein anderer Stadtverordneter beantragt hatte, den stenographischen Bericht der Stadtverordneten Cassel und Krommen dem Gemeindevorstande beizulegen, habe der sozialdemokratische Stadtverordnete Hofmann noch die Stirne gehabt, zu beantragen, auch die beiden Photographien der Herren mit Vorbeerkranz geschmückt, beizulegen. Für solche Ausschweifungen unsere Arbeiterschaft verantwortlich zu machen, sei man indessen weit entfernt. Die Führung der Sozialdemokratie wolle sich nicht auf nationalen Boden stellen und die wüste Propaganda der sozialdemokratischen Presse schüfe solche Vorkommnisse. Redner gab dann einen Ueberblick über die politischen Vorgänge von Stein und Hardenberg bis zu Bismarcks Amtsantritt, schilderte den Verfassungskonflikt in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts und meinte, daß dieser Verfassungskonflikt vielleicht für Deutschland indirekt ein Segen gewesen sei. Deutschland sei auch damals umdrängt gewesen von Feinden und hätte nicht Bismarck seine Pläne so geschickt im Hintergrunde zu halten verstanden, es wäre nicht möglich gewesen, Frankreich und England zu täuschen, denn beide Nationen glaubten, Preußen sei nicht zu fürchten, solange im inneren die Konflikte sich breit machten. Zu Ende gegangen sei schließlich der Konflikt, als die Kanonen von Königgrätz gesprochen und vier Jahre nach 1866 seien dann die Dinge der Entscheidung zugetrieben. Nach der Kriegserklärung hätten sich endlich alle Stämme zusammengefügt und Preußen und Sachsen, Bayern und Hannoveraner, Württemberger und Hessen-Kassauer, sie alle hätten gemeinschaftlich daran gearbeitet, den Thron der Napoleoniden zu stützen und ein deutsches Kaiserreich aufzubauen. Gestützt auf dieses Kaiserreich hätte dann unsere Industrie, unser ganzes Wirtschaftsleben einen ungeahnten Aufschwung genommen und die dadurch von reichswegen nötig gewordenen und geschaffenen sozialpolitischen Gesetze ständen bis jetzt unerreicht da. Welches Bedauern müsse es da auslösen, daß die, die in unserer aufblühenden Industrie tätig mitwirkten und denen die Sozialpolitik zugute käme, nicht national fühlen wollten. Man hätte gesehen, wie nach den Tagen von Jena alles bemüht gewesen sei, das Interesse am Staate zu wecken und nur einer festen Verankerung der Selbstständigkeit verdanke man es damals, daß Deutschland nicht ganz zu Grunde ging. Die Taten von 1813 und 1870 hätten nur geleistet werden können von einem Volke, das stämmig und gottesfürchtig war. Wenn unser Kaiser neulich in seiner Rede in Königsberg dies besonders betont hätte, so würde dagegen wohl niemand Widerspruch erheben können. In Sachsen hätten wir in letzter Zeit bei der Beratung des Volksschulgesetzes einen besonders harten Kampf um die Religion ausgefochten sehen. Man habe eingesehen, daß der Religionsunterricht nicht mehr den Anforderungen entspreche. Statt Erbauung in den Religionsstunden fände man eine Bindung an den Buchstaben; der Religionsunterricht müsse modernisiert werden. Nun sei der Kampf um diese langersehten Reformen und um die